

SIPRI YEARBOOK 2017

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Zusammenfassung auf Deutsch

SIPRI YEARBOOK

Das *SIPRI Yearbook 2017* stellt Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze zusammen und liefert neueste Analysen zu wichtigen Aspekten der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das SIPRI-Jahrbuch ist erstmals 1969 erschienen. Es wird gemeinsam von Forschern von SIPRI und eingeladenen, externen Fachleuten verfasst.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2017* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen daraus.

INHALT

1. Einleitung. Internationale Sicherheit, Rüstung und Abrüstung	1
Teil I. Bewaffnete Konflikte und Konfliktmanagement, 2016	
2. Bewaffnete Konflikte und Friedensprozesse	2
3. Bewaffnete Konflikte und Instabilität im Nahen Osten und Nordafrika	4
4. Europäische Sicherheit	6
5. Friedenseinsätze und Konfliktbearbeitung	7
Teil II. Sicherheit und Entwicklung, 2016	
6. Friedenserhalt und nachhaltige Entwicklung in Gefahrenzonen	9
7. Kriseneinsätze: Zwangsvertreibungen und Fragilität	10
8. Untersuchungen zu Klimawandel und gewaltsamen Konflikten	11
Teil III. Militärausgaben und Rüstung, 2016	
9. Militärausgaben	12
10. Internationale Rüstungstransfers und Entwicklungen in der Waffenproduktion	14
11. Atomkräfte weltweit	16
Teil IV. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2016	
12. Abrüstung, Nichtverbreitung und Kontrolle von Atomwaffen	18
13. Chemische und biologische Sicherheitsrisiken	20
14. Konventionelle Rüstungskontrolle	21
15. Handelskontrollen von Waffen und Dual-use-Gütern	22

Aus dem Englischen übersetzt von Astrid Fischer, Berghof Foundation

www.sipriyearbook.org

© SIPRI 2017

© Berghof Foundation 2017



1. EINLEITUNG. INTERNATIONALE SICHERHEIT, RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG

DAN SMITH

Blickt man auf das Jahr 2016 im Ganzen zurück, so hielten sich negative Entwicklungen und das weitere Funktionieren des internationalen Systems die Waage. Zunehmende Zweifel an der Standfestigkeit wesentlicher Teile der internationalen Sicherheitsarchitektur boten Ende des Jahres allerdings einigen Grund zur Sorge, dass die Gesamtbilanz eher negativ ausfallen würde.

Im Nahen Osten führten die Konflikte weiterhin zu humanitären Tragödien und umfangreichen Flüchtlingsbewegungen. In anderen Teilen der Welt, v.a. in Afrika und Asien, sowie in geringerem Maß in Osteuropa, hielten die gewaltsamen Konflikte an. Entwicklungen im Atomwaffenprogramm Nordkoreas trugen weltweit zu einer politischen Instabilität bei, mit möglicherweise gravierenden Folgen. Auf der positiven Seite: das 2015 geschlossene Pariser Klimaschutzabkommen trat im November 2016 in Kraft. Die Umsetzung des 2015 mit Iran vereinbarten Atomdeals begann Anfang 2016 fristgerecht und die UN-Generalversammlung verabschiedete eine Resolution zur Aufnahme von Verhandlungen über die Vernichtung von Atomwaffen 2017. Weitere Fortschritte gab es bei der Überwachung der Umsetzung der UN-Agenda 2030 für internationale soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Besonders das Friedensabkommen in Kolumbien hatte einen positiven Einfluss auf die Bilanz des Jahres 2016.

Dennoch haben sich quasi alle weltweit wichtigen Indikatoren für Frieden und Sicherheit in eine negative Richtung verschoben: mehr Rüstungsausgaben, zuneh-

mender Waffenhandel, mehr gewaltsame Konflikte, der anhaltende Vormarsch von Militärtechnologie. Gleichzeitig werden bestehende multilaterale und bilaterale Rüstungskontrollabkommen und -verfahren, nicht zuletzt aufgrund der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den USA, angefochten, was Fragen von weltweitem Belang und möglicherweise epochalem Ausmaß aufwirft. Sollten die großen Fortschritte seit Ende des Kalten Krieges hin zu friedlichen Beziehungen nun zurückgenommen werden? Wird eine Wiederkehr des strategische Wettbewerbs zwischen den Großmächten sich negativ auf die Bewältigung zunehmender Konfliktrisiken auswirken? Diese Unwägbarkeiten, neben politischen Entwicklungen in Europa und den USA, wie insbesondere die Abstimmung in Großbritannien zum EU-Austritt und die Wahl Donald J. Trumps zum US-Präsidenten, offenbarten ein stark nachlassendes Bekenntnis zu internationalen Institutionen und veranlassten einige wichtige Staaten zur Rückbesinnung auf ein eng definiertes nationales Interesse.

Vor welchen Herausforderungen die Menschheit steht, zeigt der Vorschlag, dieses Zeitalter als „Anthropozän“ zu bezeichnen, um so auszudrücken, dass Klima und Umwelt v.a. von menschlichem Handeln beeinflusst werden. Es ist eine beunruhigende Vorstellung, dass diese Art der Kooperation gerade dann, wenn sie nötiger ist als je zuvor, so sehr Gefahr läuft, sich zu verflüchtigen, wie zu kaum einer anderen Zeit seit Ende des Kalten Krieges. Die Erfahrung zeigt, dass internationale Zusammenarbeit funktionieren kann. Aber ist der internationale Wille zur Kooperation so beharrlich wie die Probleme, die sie anpacken muss? ●



2. BEWAFFNETE KONFLIKTE UND FRIEDENSPROZESSE

Muster bewaffneter Konflikte, 2007–16

Auch wenn sich noch kein eindeutiges Bild ergibt, scheinen die bewaffneten Konflikte und Friedensprozesse 2016 schematisch darauf hinzudeuten, dass sich der Frieden der Ära nach dem Kalten Krieg auflöst. Dem *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) zufolge reduzierte sich die Zahl offener bewaffneter Konflikte 2016 von 52 auf 49. Gleichwohl wurden in den letzten drei Jahren deutlich mehr Konflikte gewaltsam ausgetragen als im Zeitraum 2007–2013. Langzeit-Vergleiche zeigen, dass die Zahl bewaffneter Konflikte in den letzten Jahren auf dem Niveau von 1990–1992 liegt. Beide Zeiträume (1990–1992 und 2014–2016) markieren deutliche Höchststände seit Ende des Kalten Krieges. Die Zunahme bewaffneter Konflikte 2014–2016 hängt v.a. mit der Ausbreitung des sogenannten Islamischen Staates (IS) zusammen.

Von den 49 offenen Konflikten wurden 2016 zwei zwischen Staaten (Indien-Pakistan und Eritrea-Äthiopien) ausgetragen. In den übrigen 47 Konflikten wurde innerhalb von Staaten über Regierungsbelange (22) oder Territorium (24) oder beides (1) gekämpft. In jüngster Zeit ist auch eine Internationalisierung innerstaatlicher Konflikte zu beobachten. So waren 2016 ausländische Truppen an über einem Drittel (38 Prozent) aller innerstaatlichen Konflikte beteiligt. Die meisten (13 von 18) wurden gegen islamistische Organisationen geführt.

Das UCDP verzeichnete 2016 mit 12 Kriegen (bewaffnete Konflikte mit mehr als 1.000 kampfbedingten Toten) einen Krieg mehr als 2015. Drei der 2015 aufgeführten Kriege (Nigeria, Pakistan und Ukraine) waren 2016 auf das Niveau kleinerer bewaff-

GLOBAL PEACE INDEX, 2017

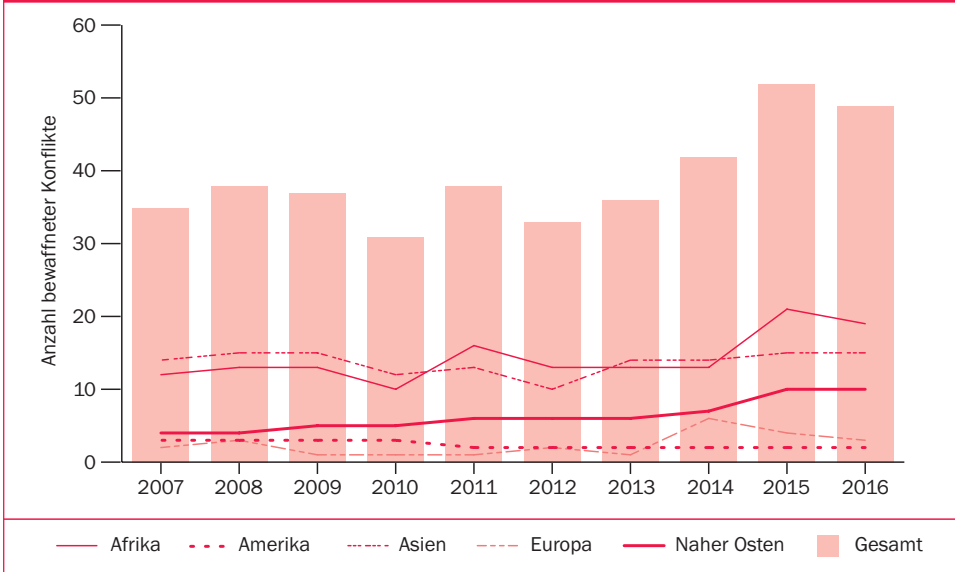
Der *Global Peace Index* (GPI), ermittelt vom *Institute for Economics and Peace*, verwendet 23 Indikatoren, um 163 Staaten anhand der Beurteilung ihres relativen Friedenszustands einzustufen. Insgesamt verbesserte sich der GPI in 2016 gegenüber dem Vorjahr, wobei der Durchschnitt der Länderwerte allerdings unter dem von 2008 liegt. Den deutlichsten Rückgang an Friedfertigkeit verzeichnet Nordamerika, mit geringeren Rückschritten in Afrika südlich der Sahara, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika. Am stärksten waren die Fortschritte in Südamerika, Russland und Eurasien, sowie in der Asien-Pazifik-Region. Die Auswirkungen von Terrorismus nahmen 2016 weiter zu und setzte damit die Entwicklungen der letzten zehn Jahre fort. Insgesamt verzeichnen 60 Prozent aller im GPI aufgeführten Länder seit 2007 einen Anstieg terroristischer Aktivitäten und die Auswirkungen des Terrorismus haben sich in 22 Ländern mehr als verdoppelt.

Rang	Land	Wert	Änderung
1	Island	1,111	-0,081
2	Neuseeland	1,241	-0,044
3	Portugal	1,258	-0,098
4	Österreich	1,265	-0,013
5	Dänemark	1,337	+0,091
159	Jemen	3,412	+0,013
160	Südsudan	3,524	-0,069
161	Irak	3,556	-0,014
162	Afghanistan	3,567	+0,029
163	Syrien	3,814	+0,008

neten Konflikte deeskaliert. Vier bereits verzeichnete Konflikte (Afghanistan IS, Libyen IS, Türkei IS und Türkei Kurdistan) eskalierten zu Kriegen. Afrika war 2016 die Region mit den meisten Konflikten



REGIONALE VERTEILUNG UND GESAMTZAHL BEWAFFNETER KONFLIKTE, 2007–16



(19 offene Konflikte), gefolgt von Asien (15 Konflikte). Zehn Konflikte wurden im Nahen Osten registriert, drei in Europa und zwei in Amerika.

Auch wenn die konflikt-bezogenen Entwicklungen der letzten Jahre entmutigend waren, nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, so waren doch nicht alle Veränderungen negativ. Obwohl viele Konflikte ausbrachen oder eskalierten, konnten doch einige auch beendet oder entschärft werden. Besonders bemerkenswert ist dabei der zahlenmäßige Rückgang von Konflikten in Lateinamerika. Nach dem Friedensabkommen zwischen der FARC (genauer: FARC-EP, *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo*) und der kolumbianischen Regierung 2016 und den anschließenden Verhandlungen mit der ELN (*Ejército de Liberación Nacional*), der einzigen Guerillabewegung, die weiterhin gegen die kolumbianische Regierung kämpft, wäre es möglich, dass es in der

Region bald keinen offenen Konflikt mehr gibt.

Islamistische bewaffnete Konflikte

Etwa ein Drittel der weltweiten bewaffneten Konflikte mit Islamisten werden im Nahen Osten und Nordafrika ausgetragen, ein Drittel in Afrika südlich der Sahara und der Rest weitgehend in Asien. In einigen Fällen ost zu beobachten, wie eine zunächst nicht unbedingt religiös geprägte Opposition mit der Zeit explizit islamistische Zielsetzungen übernimmt, gefolgt von einem Wandel hin zu transnationalen islamistischen Bestrebungen. Präventionspolitik kann hier nur wirksam werden, wenn jeder Eskalationsschritt bei derartigen Konflikten erkannt und, in dem Versuch diesen zu lösen, konstruktiv bearbeitet wird. Südostasien sticht als Region hervor, in der – entgegen dem allgemeinen Trend – der Anteil islamistischer bewaffneter Konflikte abzunehmen scheint. ●



3. BEWAFFNETE KONFLIKTE UND INSTABILITÄT IM NAHEN OSTEN UND NORDAFRIKA

Während des gesamten Jahres 2016 standen der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika (MENA) weiterhin im Mittelpunkt globaler Sicherheitsbedenken. Eine Vielzahl von Faktoren scheinen die chronische Unsicherheit und anhaltende Anfälligkeit für bewaffnete Konflikte zu erklären, wie etwa Regierungsversagen in den meisten arabischen Staaten, die anhaltenden Folgen der Irakinvasion durch die von den USA geführte Koalition von 2003 und die komplexen Beziehungen und Rivalitäten zwischen Regionalmächten. 2016 griffen mindestens sieben der 16 Staaten in der Region innerstaatlich auf militärische Gewalt zurück, elf taten dies außerhalb ihres Staatsgebiets.

Die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ von 2011 sind ein Kernelement des Sicherheitsprofils der MENA-Region. Fünf Jahre danach, ist lediglich noch in Tunesien ein Aufblühen zu beobachten, auch wenn der Weg des Landes zu einer stabilen Demokratie risikobehaftet bleibt.

Syrien

Der Krieg in Syrien hat zur Vertreibung der Hälfte seiner Bevölkerung geführt (4,8 Mio. Flüchtlinge im Ausland und über 6,3 Mio. Binnenflüchtlinge). Hinzu kommen, auch wenn es dazu keine offiziellen Statistiken gibt, über 400.000 Tote.

Inmitten des breiten Spektrums konkurrierender Kräfte haben sich die Machtverhältnisse in Syrien 2016 stark zugunsten Präsident Bashar al-Assads verschoben. Das liegt an drei wichtigen Entwicklungen: 1) den russischen Luftschlägen zur Unterstützung der syrischen Regierung, in Verbindung mit der Unterstützung durch

Bodentruppen durch Iran und die Hisbolah; 2) der Versöhnung der Türkei mit Russland und deren anschließenden Politikwechsel, vom Ziel eines Regimewechsels in Syrien hin zu einer Sicherung des türkischen Einflusses und schließlich 3) der Niederlage der Anti-Regierungstruppen in Ost-Aleppo im Dezember 2016. Ende des Jahres spielten die USA bei den regionalen Friedensverhandlungen keine Rolle mehr. Stattdessen saßen nun der Iran, Russland und die Türkei bei Diskussionen über die Zukunft Syriens und Assads in vordrester Reihe.

Libyen und Jemen

Ende 2016 steckte Libyen weiterhin tief in den chaotischen Nachwirkungen des Bürgerkriegs und der internationalen Intervention von 2011 und suchte immer noch nach einem Weg, Stabilität und Sicherheit für seine Bürger herzustellen.

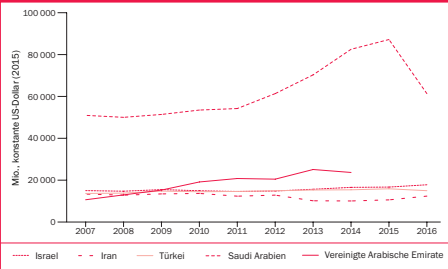
Die Beziehungen zwischen Iran und Saudi Arabien gelten als die hochrangigsten, komplexesten und schwierigsten zwischen Staaten in der Region. Ein wichtiger Grund dafür ist Jemen, das seit 2004 einen ununterbrochenen Bürgerkrieg erlebt. Saudische und andere arabische Truppen sind seit 2015 beteiligt. Ende 2016 wurde die saudische Intervention mit einer größeren humanitären Krise in Zusammenhang gebracht und konnte den Streitkräften der Huthi keine entscheidenden Rückschläge zufügen.

Der Islamische Staat

Der sogenannte Islamische Staat (IS) blieb 2016 eine mächtige Kraft, die, trotz erheblicher Rückschläge in Irak, Syrien und Libyen, auch weiterhin im Fokus internationaler Aufmerksamkeit stand. Der Rahmen von *Operation Inherent Resolve*, der seit



LISTE DER FÜNF LÄNDER MIT DEN HÖCHSTEN MILITÄRAUSGABEN IM NAHEN OSTEN, 2007-16



September 2014 von den USA geführten weltweiten Koalition, bestimmte auch 2016 das Tempo externer Militäroperationen gegen den IS. Der harte Kern des IS blieb in Irak und Syrien, doch wurden dessen Bestrebungen in mehreren Ländern durch ein Netzwerk aus ausländischen Kämpfern und verbündeten Gruppen, verteilt über vier Kontinente, verstärkt. Von der Gruppe oder individuellen Nachahmern begangene Terrorangriffe kosteten 2016 in der Nahostregion, in Afrika, Südasien und Europa hunderte Menschenleben.

Neben Lösegeld und den Zugang zu nationalen oder internationalen Finanzsystemen ist der IS auf eine Infrastruktur und Institutionen angewiesen, die an einen Staat erinnern (Ölverkäufe, Steuern, Geldreserven oder den Verkauf von antiken Gütern). Diese Einnahmequellen sind zugleich wichtige Schwachstellen in einem internationalen Wirtschaftskrieg, den einige Staaten sowohl militärisch (etwa durch Luftschläge auf Ölinfrastruktur, Barvermögen und wichtige Finanz-Operativen des IS) als auch nicht-militärisch (u.a. durch Verhinderung von Spenden, Einfrieren von Geldern und die Unterbindung von Handel mit der Gruppe) führen. Internationale Bemühungen, die Propaganda des IS zu bekämpfen und gewaltsamem Extremis-

mus entgegenzuwirken, erzielten allerdings eine gemischte Bilanz.

Trotz der Gebietsverluste des IS 2016, dürften dessen Ziele und terroristisches Potential auch in den nächsten Jahren weiter fortbestehen, wenn auch in anderer und vielleicht sogar noch tödlicherer Form.

Militärausgaben und Rüstungstransfers im Nahen und Mittleren Osten

Die Trends und Muster von militärischen Ausgaben und Rüstungstransfers in nahöstliche Staaten verweisen auf die Bedeutung militärischer Stärke in der Region. Rüstungsausgaben, auch bekannt als militärische Lasten, sind häufig besonders hoch. Eine Berechnung der Gesamtausgaben für Rüstungsgüter für 2015 und 2016 ist aufgrund fehlender Daten nicht möglich, was einen generellen Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Rüstungsbelangen in der Region spiegelt. Saudi Arabien tätigt mit Abstand die meisten Rüstungsausgaben im Nahen Osten und lag 2016 damit weltweit auf Rang vier.

Waffenimporte in den Nahen Osten nahmen im Zeitraum 2012-2016, verglichen mit 2007-2011, um 86 Prozent zu, wodurch die Region weltweit zum zweitgrößten Importmarkt für Rüstungsgüter wurde. Viele Länder des Nahen Ostens haben hochentwickelte Waffensysteme erworben, die ihre militärische Schlagkraft substantiell verbessern dürften. Die USA und einige westeuropäische Staaten blieben im Zeitraum 2012-2016 die wichtigsten Waffenlieferanten fast aller MENA-Staaten Rüstungsimporte haben hier mutmaßlich zur Instabilität, den gewaltsamen Konflikten und zu Menschenrechtsverletzungen in der Region beigetragen. ●



4. EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Kooperative Sicherheit unter Druck

Ende des Kalten Krieges galten die eigentlichen Ursachen für eine Konfrontation in Europa als beseitigt. Eine gemeinsame Bewertung der Probleme Europas und schien ebenso möglich wie gemeinsames Handeln. Durch Schaffung einer regelbasierten Europäischen Ordnung zur Organisation ihrer Zusammenarbeit tarierten die Staaten politische, politisch-militärische und die menschliche Sicherheit, sowie Umwelt und Wirtschaft betreffende Belange in einem Rahmenwerk umfassender Sicherheit vorsichtig aus.

Die Ereignisse von 2016 verstärkten den Eindruck, alle Teile des europäischen Systems kooperativer Sicherheit stünden unter Druck. Die schrittweise Entfremdung zwischen Russland sowie den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und der NATO führte zu einem politisch-militärischen Politikwechsel, einer militärischen Modernisierung und entsprechenden Drohgebärden, die das Risiko einer Konfrontation erhöhen und im Krisenfall zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen militärischen Großmächten führen könnten. Ende des Jahres schlug die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vor, die politisch-militärischen Aspekte von Sicherheit wieder stärker zu betonen.

Auch die politischen und menschenrechtlichen Dimensionen des europäischen Sicherheitssystems wurden verschiedentlich herausgefordert. Mit unterschiedlichem Erfolg reagierten die wichtigsten Sicherheitsinstitutionen, OSZE, EU und Europarat, auf die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit zu schützen, indem sie gegen Hasstiraden voringen, Minderheitenrechte schützten und

sicherstellten, dass Staaten ihren rechtlichen Verpflichtungen zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen nachkommen.

Bewaffnete Konflikte im post-sowjetischen Raum

Die Rückkehr bewaffneter Konflikte nach Europa ist v.a. eine Folge der gewaltsamen Eskalation einiger anhaltender Konflikte, die mit und nach dem Ende der Sowjetunion im post-sowjetischen Raum entstanden waren. Bemühungen um einen anhaltenden Frieden in der Ost-Ukraine, wo dem Konflikt bislang um die 10.000 Menschen zum Opfer gefallen sind, trugen keine Früchte. All diese Konflikte bergen das Potential einer erheblichen Eskalation.

Türkei

Die jüngsten Entwicklungen in der Türkei zeigen, dass es sich hier um die am meisten komplexe innerstaatliche, regionale und internationale Sicherheitsumgebung in Europa handelt. Angesichts der dramatischen Ereignisse von 2016 – darunter eine Reihe gewalttätiger Angriffe, ein versuchter Staatsstreich und das anschließende Durchgreifen der Regierung gegenüber vermeintlichen Verschwörern und Dissidenten – zählt das Jahr zu den schwierigsten in der jüngeren türkischen Geschichte. Ende des Jahres hatten weder die angrenzenden Konflikte in Irak und Syrien – und deren unmittelbare Auswirkungen, wie die massive Vertreibung von Zivilisten – noch das Erstarken des innerstaatlichen wie internationalen Terrorismus abgenommen. Nach dem gescheiterten Putsch konkurrierten in der Türkei innerstaatliche politische und verfassungsrechtliche Herausforderungen mit wichtigen Neubewertungen der Beziehungen zu wesentlichen Partnern: der EU, Russland und den USA. ●



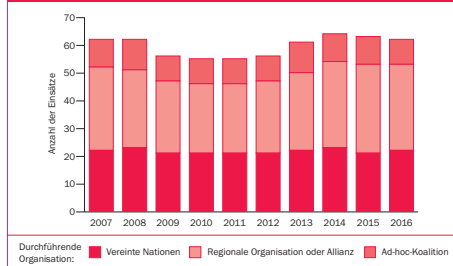
5. FRIEDENSEINSÄTZE UND KONFLIKTBEARBEITUNG

Die Entwicklung von Friedenseinsätzen 2016

2016 wurde deutlich, dass der Höchststand in Bezug auf die Anzahl und Personalstärke von Friedensmissionen überschritten ist, und Beides nun langsam zurückgefahren oder nivelliert wird. Mit der UN-Mission in Kolumbien und der militärischen Trainingsmission der EU in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM RCA) wurden zwei neue Friedenseinsätze gestartet. Vier Missionen wurden beendet: die militärberatende Mission der EU (EUMAM RCA) und Frankreichs *Sangaris*-Mission (beide in der Zentralafrikanischen Republik), die Beratungs- und Unterstützungsmission der EU für Sicherheitsreformen in der Demokratischen Republik Kongo (EUSEC RD Congo) und die Polizeimission der EU in Afghanistan (EUPOL). Die Zahl aktiver Friedenseinsätze reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um einen auf insgesamt 62. Einen seit 2012 anhaltenden Trend fortsetzend lag die Truppenstärke mit 53.056 Personen um sechs Prozent unter dem Vorjahreswert.

Nach dem stetigen Personalanstieg bei UN-Missionen in den drei Jahren zuvor erfolgte 2016 eine Trendwende, auch wenn die UN der unbestrittene Hauptakteur bei Friedensmissionen bleibt. Ein weiterer Personalabbau gilt als wahrscheinlich. Die Verkleinerung der UN-Missionen in der Elfenbeinküste (UNOCI) und Liberia (UNMIL) sind bereits geplant, während andere UN-Einsätze die genehmigte Truppenstärke nahezu erreicht haben und lang-erwartete Einsätze an Orten wie Burundi, Libyen, Syrien, Ukraine oder

ANZAHL MULTILATERALER FRIEDENSEINSÄTZE, NACH ART DER DURCHFÜHRENDE ORGANISATION, 2007–16



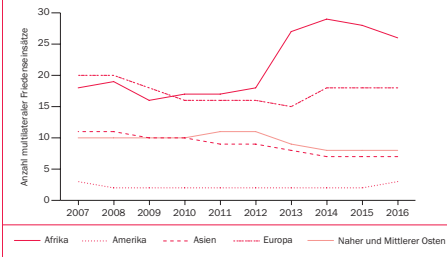
Jemen möglicherweise nie stattfinden werden.

Friedenseinsätze in Afrika

Afrika blieb der erstrangige Fokus von Friedensmissionen. Dem Bericht des hochrangigen unabhängigen UN-Expertengremiums zu Friedensmissionen (sogenannter HIPPO-Report) folgend, verstärken die UN, die Afrikanische Union und die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und regionalen Mechanismen ihre Partnerschaften. Die Finanzierung afrikanischer Missionen bleibt die größte Herausforderung. 2016 beschloss die AU-Versammlung der Staats- und Regierungschefs durch eine Steuer von 0,2 Prozent auf „in Betracht kommende Importe“ nach Afrika eine Erhöhung ihres Beitrags zur Finanzierung aller friedensunterstützenden Missionen der AU auf 25 Prozent bis 2020. Dennoch werden afrikanische Akteure kurz- und mittelfristig auch weiterhin auf eine externe Finanzierung angewiesen sein, während einige externe Akteure, wie v.a. die EU und ihre Mitglieder, weniger großzügig werden und mehr fordern. Dies stellt einige afrikanische Missionen vor finanzielle Herausforderungen und könnte das Ende für mehrere Friedensmissionen in



ANZAHL MULTILATERALER FRIEDENSEINSÄTZE, 2007–16



Afrika bedeuten, da einige Staaten einen Truppenabzug erwägen.

Einsätze in der Grauzone

Militärisches und ziviles Personal werden zunehmend in Missionen eingesetzt, die innerhalb der Grauzone dessen liegen, was SIPRI als gerade noch innerhalb, oder schon außerhalb, des Rahmens multinationaler Friedenseinsätze definiert. In einigen Fällen, wie der multinationalen gemeinsamen Einsatztruppe (MNJTF) gegen *Boko Haram*, wäre truppenstellenden und aufnehmenden Ländern damit geholfen, wenn der UN-Sicherheitsrat sich zu einer Mandatierung und Finanzierung der Operation bereit erklärte. In anderen Fällen wehren sich die Aufnahmeländer gegen eine Friedensmission auf ihrem Boden. Diese Einsätze können als Eingriff in die nationale Souveränität angesehen werden und den Eindruck staatlichen Versagens verstärken. Beispiele dafür sind a) Burundis Widerstand gegen den Einsatz der Afrikanischen Mission zu Prävention und Schutz in Burundi (MAPROBU), gegen den Einsatz von Menschenrechts- und Militärexperten der AU sowie polizeiliche Beiträge der UN in Burundi; b) Syriens Zögern, allein die Beobachtung der Evakuierung aus Ost-Aleppo in andere Stadtbezirke zuzulassen

und c) Kolumbiens Insistieren, aus dem dortigen UN-Einsatz eine politische, und keine Friedensmission zu machen. Diese Entwicklungen unterstreichen, wie wichtig eine umfassendere Sammlung und Analyse von Daten zu Einsätzen innerhalb dieser Grauzone ist.

Der Schutz der Zivilbevölkerung

Zu den weiteren Herausforderungen für die AU und die UN gehört der Schutz der Zivilbevölkerung. Wie häufig von den Medien thematisiert, hat sich die Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft besonders in der Ukraine und in Syrien schmerzhaft gezeigt. Die Unfähigkeit im Umgang mit der Situation in Südsudan fand weniger Beachtung. Die dortige UN-Mission (UNMISS) stellte die rund 200.000 Zivilisten, die sich in zivilen Schutzzonen (sog. *Protection of Civilian sites*, POC) in ihrer Obhut befinden, vor beispiellose Herausforderungen. 2016 zeigten mehrere Angriffe auf Schutzzonen, dass der Schutz der Zivilbevölkerung weit über die Möglichkeiten von UNMISS hinausgeht und dass bei den Betroffenen, die dort mitunter schon über drei Jahre leben, falsche Hoffnungen geweckt worden waren. De facto sind diese POCs keine befristete Lösung, sondern praktisch Lager für Binnenvertriebene – mit entsprechenden Anforderungen an innere Sicherheit und Lebensstandards. Da diese Lager auf lange Sicht wohl noch weiterbestehen werden, sollte UNMISS aus den Vorfällen von 2016 geeignete Schlussfolgerungen ziehen. ●



6. FRIEDENSERHALT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN GEFAHRENZONEN

Am 1. Januar 2016 wurde die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen offiziell vorgestellt. Diese sieht vor, 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu erreichen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Frieden und Entwicklung langfristige Prozesse darstellen, die kontinuierlich gepflegt werden müssen, sich mitunter aber erst nach jahrzehntelangen Bemühungen auszahlen. Wie die Nachhaltigkeitsagenda fordert auch das neue Konzept der UN für nachhaltigen Frieden eine engere Verknüpfung der drei Grundpfeiler Frieden & Sicherheit, Entwicklung & Menschenrechte sowie humanitäre Hilfe. Es löst den stufenweisen Konfliktansatz, mit seiner mitunter statischen Unterteilung in Prävention, humanitäre Hilfe, Friedenserhaltung, Friedensförderung und Entwicklung, ab. Stattdessen sieht er eine bessere Verknüpfung dieser Bereiche sowie die gemeinsame Nutzung von Instrumenten vor.

Der UN-Rahmenplan für nachhaltigen Frieden greift auch folgende Zusammenhänge auf: a) weltweite Brennpunkte, wo sich Gewalt konzentriert; b) anhaltende humanitäre Notlagen; c) begrenzte Kapazitäten zu Prävention, Reaktion, Umgang mit und Abbau von Konflikten. Nachhaltiger Frieden ist ebenso verknüpft mit den Prinzipien nationaler Verantwortung und Inklusion und steht in Einklang mit der Idee eines positiven Friedens.

Nachhaltiger Frieden zielt auf eine Abkehr der Akteure von struktureller Gewalt, hin zu gemeinsamen Lösungen und Entwicklung, d.h. den positiven Folgen eines Friedens. Man sollte sich die langfristigen Auswirkungen, die bewaffnete Konflikte auf Entwicklung (und damit die Umsetzung von Frieden) haben, bewusst machen: Während ein Bür-

gerkrieg durchschnittlich sieben Jahre dauert, bedarf die konjunkturelle Erholung im Anschluß in der Regel 14 Jahre. Das Risiko von Rückschlägen bleibt dabei hoch und es kann 25 Jahren dauern, bis staatliche Strukturen und Institutionen annähernd wieder aufgebaut sind. In Kambodscha, Laos und Vietnam ist ein erster wirtschaftlicher Aufschwung erst in den letzten zehn Jahren zu beobachten, nach Jahrzehnten konjunktureller Erholung im Schatten jahrzehntelanger Konflikte. Angesichts der Konflikte und Auflösungserscheinungen in Libyen, Südsudan und Jemen ist damit zu rechnen, dass diese Länder in ihrer Entwicklung um jeweils 15-25 Jahre zurückfallen.

2016 fanden mehrere wichtige Veranstaltungen zu den Themen Prävention von gewaltsamem Extremismus, humanitäre Hilfe und Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit statt. Diese zeigen einige der Mechanismen, die genutzt werden, um das Konzept eines nachhaltigen Friedens in die weltweite Umsetzung von Frieden und Entwicklung zu integrieren. Im Rahmen des UN-Gipfels für Humanitäre Hilfe (WHS) im Mai 2016 entstanden beispielsweise über 3.100 einzelne und gemeinsame Ausschüsse zu wichtigen Themen wie politische Führung, Verhinderung und Beendigung von Konflikten, Sicherung humanitärer Standards und eine mehr zielgerichtete Finanzierung humanitärer Hilfe.

Auch wenn das Konzept der Konfliktprävention zumeist eine Zukunftsvision bleibt, können einige Entwicklungen des Jahres 2016, wie der WHS, der Sendai Rahmenplan, die auf dem WHS verabschiedete globale Klima-Partnerschaft (*Global Partnership for Preparedness*) und die globale Allianz bei urbanen Katastrophen, als Investition in einen langfristigen Frieden und mögliche Wege hin zu einem positiven Frieden gewertet werden. ●



7. KRISENEINSÄTZE: ZWANGSVERTREIBUNGEN UND FRAGILITÄT

Gewaltsame Vertreibungen blieben 2016 eine der größten Herausforderungen für menschliche Sicherheit, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten und Afrika, wo sich insgesamt mehr als Zwei Drittel der zwangsvertriebenen Bevölkerung weltweit aufhält. In den letzten Jahren ist die Zahl der Vertriebenen (über 60 Mio. Menschen) im Vergleich etwa zum Bevölkerungswachstum oder genereller Migration besonders stark angewachsen. Dieser Anstieg wurde einerseits durch neue Krisen (wie im Jemen oder Südsudan) sowie durch andererseits anhaltende Krisen (wie in Syrien oder Afghanistan) und eine geringe Anzahl an Rückkehrern ausgelöst. Hauptursache ist in fast allen Fällen ein bewaffneter Konflikt.

Durch die starke Konzentration von Flüchtlingen auf geographisch begrenzte Räume, etwa in einer Stadt, im Grenzgebiet, in Lagern oder entlang einer schmalen Transitroute, dazu noch innerhalb weniger Länder, sind die Herausforderungen besonders drängend. Die Ballung führt zu Krisenbewältigung, zu Überfüllung und damit verbundenen Problemen – insbesondere unzureichendem physischen Schutz, Gesundheitsfragen, zunehmender Ressourcenknappheit und verlorenen Lebens- und Bildungschancen.

Die Zuständigkeit zentralistischer staatlicher Strukturen sowie das Fehlen eines allgemein anerkannten internationalen Rechtsrahmens verhindern, dass kurzfristige Bedürfnisse menschlicher Sicherheit, ebenso wie langfristige Herausforderungen (z.B. der rechtliche Status von Vertriebenen in Aufnahmeländern und den daraus resultierenden Folgen für Lebensbedingungen und andere Chancen), wirksam angegangen

werden. Obgleich geltendes internationales Recht Personen schützt, die ihr Heimatland verlassen und in einem anderen Staat Schutz suchen, haben die wichtigsten Aufnahmestaaten die UN-Flüchtlingskonvention zumeist nicht unterzeichnet. In jedem Fall findet die Konvention keine Anwendung auf Binnenflüchtlinge – und damit auf jene Gruppe, die die überwiegende Mehrheit der gewaltsam Vertriebenen stellt.

Die aus der derzeitigen Lage erwachsenden Gefahren lassen sich am besten über ihre Zusammenhänge verstehen und folglich angehen. Den massiven Vertreibungswellen gemeinsam ist der Umstand, dass sie in instabilen, gewaltsamen Situationen stattfinden. Fragilität bedeutet, dass Gesellschaften erhöhten Risiken ausgesetzt sind, ohne diese abwehren oder abfangen zu können. Gleichzeitig standen gewaltsame Konflikte in engem Zusammenhang mit allen größeren Flüchtlingskrisen des Jahres 2016.

Die gegenwärtigen Vertreibungen könnten sich auf andere Gesellschaften und Länder ausbreiten. Um den humanitären Herausforderungen von Vertreibung sowie den Anliegen der Aufnahmeländer und anderer Staaten zu begegnen, wurden verschiedene regionale und internationale Prozesse eingeleitet. 2016 unternahm die UN-Generalversammlung beispielsweise den ersten Schritt in einem politischen Prozess, um einen international rechtlichen Rahmen für sichere Migration zu schaffen, der auch eine gerechtere Lastenverteilung für die Unterbringung und Unterstützung von Flüchtlingen beinhaltet. Andere Prozesse aber unterminieren möglicherweise den internationalen rechtlichen Rahmen zum Schutz von Flüchtlingen. Wenigstens zweimal versuchte die Europäische Union 2016 mit führenden Aufnahmeländern eine politische Lösung zu erzielen, jedoch ohne schriftliche oder rechtliche Grundlage. ●



8. UNTERSUCHUNGEN ZU KLIMAWANDEL UND GEWALTSAMEN KONFLIKTEN

Der Klimawandel stellt die menschliche, gesellschaftliche und staatliche Sicherheit in vielerlei Hinsicht vor Herausforderungen. Entscheidend für eine Betrachtung der kurz-, mittel- und langfristigen Folgen ist dabei die zeitliche Perspektive. Einige dieser Auswirkungen, etwa auf Nahrungsmittel- oder Wassersicherheit, sind darüber hinaus äußerst abhängig von sozioökonomischen Bedingungen. Demnach verstärkt der Klimawandel überall auf der Welt den Druck auf gegenwärtige Schwachstellen bei Mensch und Gesellschaft. Dies wirkt sich besonders gravierend auf bereits fragile Zusammenhänge aus.

Eine Form von sicherheitspolitischer Herausforderung durch den Klimawandel ist das erhöhte Risiko gewaltsamer Konflikte. Diese Verbindung zwischen Klima und Konflikt wurde in den letzten zehn Jahren intensiv erforscht, ebenso wie deren Einfluss auf Politikgestaltung, insbesondere auf die Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik.

In Ostafrika wurden beispielsweise vier Wirkmechanismen beobachtet, die Klimawandel und gewaltsamen Konflikt aneinanderkoppeln: a) eine Verschlechterung der Lebensbedingungen; b) Migration und Wandel pastoraler Mobilitätsmuster; c) taktische Überlegungen bewaffneter Gruppen; und d) die Ausnutzung örtlicher Missstände durch die Elite. Während sich die ersten beiden Mechanismen auf Konfliktursachen beziehen, zielen letztere auf eine Veränderung der Konfliktodynamiken. Dies zeigt, dass die Mechanismen sowohl interagieren als auch sich gegenseitig ergänzen.

Auch in Zusammenhang mit Extremwetterlagen lassen sich die Auswirkungen des

Klimawandels auf Frieden und Konflikt beobachten. Zu den tödlichsten, wetterbedingten Naturkatastrophen zwischen 2000 und 2016 gehörten der Tropenzyklon Nargis in Myanmar 2008, die Hitzewelle in der nördlichen Hemisphäre 2010 und die Tropenstürme auf den Philippinen 2013. In einigen Fällen kam es zu gewaltsamen Konflikten. Bei genauerer Betrachtung lassen sich aber nicht nur die Mechanismen bestimmen, die von extremen Wetterlagen zu gewaltsamen Konflikten führen, sondern auch solche, die einen friedlichen Druckabbau ermöglichen. Dazu wurden vier Wirkungszusammenhänge identifiziert: die ersten beiden, a) Konkurrenz über Ressourcenknappheit und b) Versagen der für Konfliktbearbeitung zuständigen Institutionen, stehen in Zusammenhang mit einem erhöhten Konfliktrisiko. Die dritte Wirkungsweise, c) Bildung von sozialem Zusammenhalt, wiederum zeigt, wie extreme Wetterbedingungen in Konfliktregionen soziale Kohärenz und Kooperation eher stärken können, statt bestehende Konflikte zu verschärfen. Der vierte Mechanismus, d) Beschleunigung von Transformation, betont die sozialen Dynamiken nach einer Katastrophe, wobei die ausgewählten Fälle keine eindeutige Risikobewertung zu gewaltsamen Konflikten nach Extremwetterlagen ermöglichen.

Neben adäquaten Mechanismen zur Konfliktlösung ist es Aufgabe der Politik, die negativen Folgen des Klimawandels auf Lebensgrundlagen unter allen Umständen abzumildern. Dabei ist zu beachten, dass dieser nicht zwangsläufig zu Gewaltkonflikten führt. Menschliches Handeln beeinflusst jeden Schritt in der Ereigniskette. Darauf aufbauend lässt sich untersuchen, wie Frieden angesichts enormen Drucks, wie ihn etwa der Klimawandel erzeugt, erhalten und gestaltet werden kann. ●



9. MILITÄRAUSGABEN

Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich 2016 auf schätzungsweise 1.686 Mrd. USD, was 2,2 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts oder Ausgaben von 227 USD pro Kopf entspricht. Damit blieben die weltweiten Gesamtausgaben annähernd konstant, da ihr Realwert nur 0,4 Prozent höher lag als 2015.

In Nordamerika stiegen die Rüstungsausgaben erstmals seit 2010, während die Ausgaben in Westeuropa 2,6 Prozent höher waren als 2015. Die Ausgaben in Asien und Ozeanien, sowie in Osteuropa nahmen weiter zu. Im Gegensatz dazu verringerten sich die Ausgaben in Afrika, Süd- und Zentralamerika und in der Karibik und, soweit Angaben verfügbar waren, auch in einigen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Insgesamt wurden die Mehrausgaben für Rüstungsgüter in Asien, Ozeanien, Europa und Nordeuropa fast vollständig durch Rückgänge bei den übrigen Entwicklungsländern ausgeglichen.

Mit Gesamtausgaben von 611 Mrd. USD blieben die USA 2016 das Land mit den höchsten Rüstungsausgaben. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben, erstmals seit dem bisherigen Höchststand von 2010, um 1,7 Prozent. Die zukünftige Entwicklung der US-amerikanischen Militärausgaben bleibt unklar. Schätzungen im nationalen Verteidigungsbudget deuten jedoch auf geringe Mehrausgaben für Beschaffung sowie Forschung, Entwicklung, Test und Evaluation (FET & E) in 2017 hin, gefolgt von erheblichen Ausgabenerhöhungen im Zeitraum 2018-2021.

Die Auswirkungen des Ölpreisschocks

Der seit Ende 2014 anhaltende starke Preisverfall bei Öl hatte erhebliche Auswirkungen auf einige erdölproduzierende Länder.

WELTWEITE RÜSTUNGS-AUSGABEN, 2016

Region	Ausgaben (\$ Mrd.)	Änderungen (%)
Afrika	(37,9)	-1,3
Nordafrika	(18,7)	1,5
Sub-Sahara-Afrika	19,2	-3,6
Amerika	693	0,8
Zentralamerika und Karibik	7,8	-9,1
Nordamerika	626	1,7
Südamerika	58,8	-7,5
Asien und Ozeanien	450	4,6
Zentral- und Südasien	73,3	6,4
Ostasien	308	4,3
Ozeanien	26,6	1,7
Südostasien	41,9	5,1
Europa	334	2,8
Zentraleuropa	21,0	2,4
Osteuropa	75,4	3,5
Westeuropa	237	2,6
Mittler u. Naher Osten
Welt gesamt	1 686	0,4

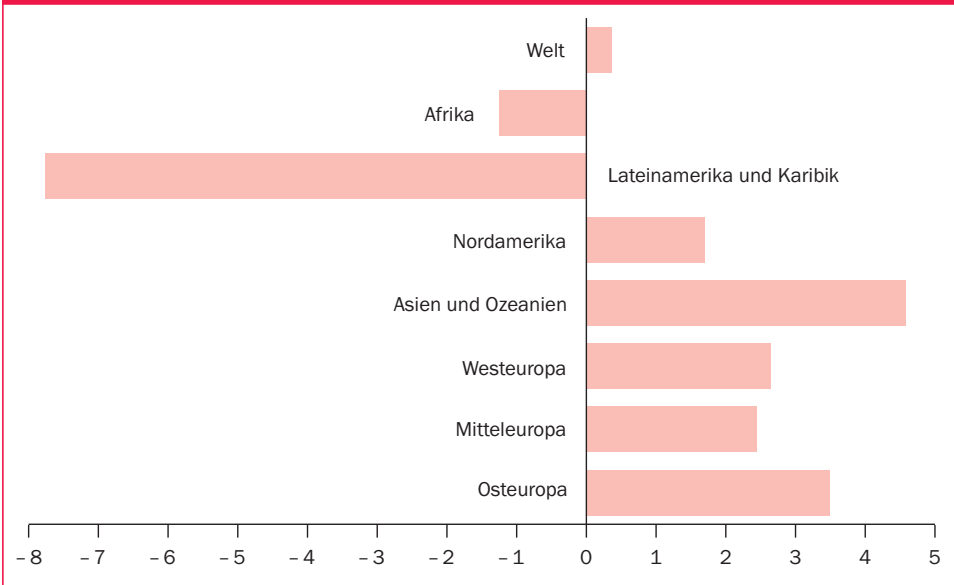
() = ungenaue Schätzung; .. = keine Daten verfügbar. Alle Angaben in US-Dollar zum Tageskurs (2016). Alle Änderungen werden real ausgewiesen für den Zeitraum 2015-16.

Der Preisverfall hat dort, wo in den vergangenen zehn Jahren ein enger Zusammenhang zwischen hohen Ölpreisen und steigenden Rüstungsausgaben bestand, erhebliche ausmaße erreicht. Die Einbußen bei den Ausfuhrerträgen hat einige erdölproduzierende Länder zu Haushaltskürzungen, und damit auch zu Senkungen ihrer Militärausgaben, gezwungen. In Afrika, Süd- und Zentralamerika, sowie im Nahen Osten, hatte der Ausgabenrückgang bei Rüstungsgütern in einigen wenigen ölexportabhängigen Ländern einen deutlichen Einfluss auf die regionale Entwicklungstrends.

Bezüglich der Priorisierung von Haushaltsmitteln haben die Kürzungen zu Ziel-



ÄNDERUNGEN WELTWEITER RÜSTUNGS-AUSGABEN NACH REGION, 2015-16



konflikten zwischen Militär- und Sozialabgaben geführt. In der Zeit seit dem Ölpreissturz belegen die nationale Berichte öllexportabhängiger Länder, dass Senkungen von Militärausgaben, verglichen mit den Kürzungen im Sozialwesen, im Durchschnitt höher ausfielen, als Ausgaben etwa für Gesundheit oder Bildung.

Angaben zu Militärausgaben

Trotz der weiterhin unzureichenden freiwilligen Berichterstattung an die UN, veröffentlichten zahlreiche Staaten Informationen zu Militärausgaben in Regierungsberichten, Budgets und auf anderen, öffentlich zugänglichen Plattformen. Lückenhafte und falsche Informationen zu Militärausgaben sind aufgrund ihrer Verknüpfung mit nationaler Sicherheit problematisch, wobei die Transparenz in vielen Fällen zugenommen hat. 2016 sammelte SIPRI verlässliche und konsis-

tente Angaben zu Militärausgaben in 148 Staaten.

Ein erweiterter SIPRI Datensatz

SIPRI konnte mit der Veröffentlichung eines erweiterten Datensatzes über Militärausgaben, die z.T. bis ins Jahr 1949 zurückreichen, ein lange gehegtes Ziel erreichen. Durch die Bereitstellung von Daten in festen und aktuellen US-Dollarwerten, sowie anteilig am Bruttoinlandsprodukt, bietet der erweiterte Datensatz umfassend neue Forschungsmöglichkeiten und Einsichten in die Dynamiken militärischer Ausgaben. Aufgrund der Daten können zudem langfristige Trends hinsichtlich der Militärausgaben in verschiedenen Regionen und Staaten, sowohl zu Zeiten des Kalten Krieges als auch danach, untersucht werden. ●



10. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS UND ENTWICKLUNGEN IN DER WAFFENPRODUKTION

Der Umfang internationaler Rüstungstransfers von schweren Waffen stieg zwischen 2007–11 und 2012–16 um 8,4 Prozent. Der Anteil der fünf größten Exporteure – USA, Russland, China, Frankreich und Deutschland – lag bei 74 Prozent der weltweiten Lieferungen.

Seit 1950 waren Firmen aus den USA und Russland (vor 1992 UdSSR) die mit Abstand größten Waffenexporteure. Zusammen mit westeuropäischen Lieferanten dominieren sie seit langem die Liste der zehn wichtigsten Waffenexporteure, ohne dass Anzeichen für eine wesentliche Änderung absehbar wären. Die Gruppe hat ihren Anteil an weltweiten Rüstungstransfers zwischen 2007–11 und 2012–16 erhöht. Jüngst konnte sich China als einer der weltweit größten Exporteure für schwere Waffen fest in der Gruppe etablieren.

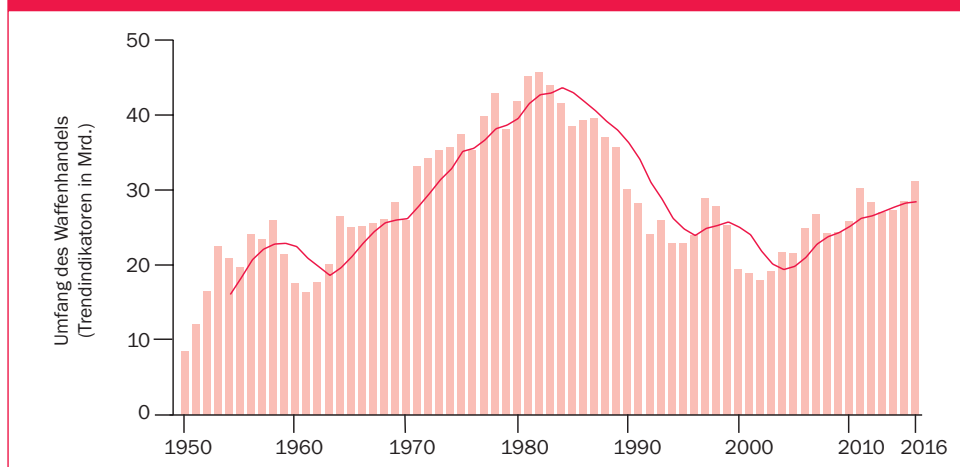
Auf regionaler Ebene nahmen Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten zwischen 2007–11 und 2012–16 um 86 Pro-

zent zu, während Rüstungstransfers nach Asien und Ozeanien in diesem Zeitraum ebenfalls um 7,7 Prozent zunahmen. Dagegen gingen die Importe schwerer Waffen in Europa deutlich zurück (um 36 Prozent), ebenso in Amerika (um 18 Prozent) und Afrika (um 6,6 Prozent).

Waffenlieferungen als militärische Hilfe

In weiten Teilen der Welt standen die 2016 anhaltenden Spannungen und Konflikte häufig in direktem Zusammenhang mit Waffenkäufen aus dem Ausland. Die in diesen Konflikten eingesetzten Waffen wurden bisweilen im Rahmen militärischer Hilfe geliefert. In anderen Fällen besteht ein geringerer Zusammenhang zu anhaltenden Konflikten und größeren Spannungen. Vielmehr dienten Waffenlieferungen hier der Pflege oder Verbesserung allgemeiner politischer Beziehungen, oder dem Ziel, sich dort die Zustimmung für einen bestimmten politischen Kurs zu sichern. Auch wenn der Umfang militärischer Hilfe in Form von Waffenlieferungen zurückgegangen ist, sind diese Rüstungstransfers für einige der größten Lieferanten

ENTWICKLUNG DES HANDELS MIT SCHWEREN WAFFEN, 1950–2016



auch weiterhin ein wichtiges politisches Instrument.

Transparenz von Rüstungstransfers

Wie in den Jahren zuvor, blieb auch 2016 die Transparenz von Rüstungstransfers enttäuschend. Die Anzahl der Staaten, welche Informationen über ihre Waffenimporte und -exporte an das UN-Register für konventionelle Waffen (*United Nations Register of Conventional Arms*, UNROCA) weitergaben, blieb gering. Obwohl die vorgeschriebene Berichterstattung im Rahmen des Waffenhandelsabkommens (ATT) 2016 verhältnismäßig gut angelaufen ist, wirft ein Vergleich mit dem Berichtswesen zum UNROCA-Register die Frage auf, inwieweit beide Instrumente zusammen zu mehr Transparenz im internationalen Rüstungshandel beitragen könnten. Auf nationaler und regionaler Ebene gab es keine größeren Veränderungen im Hinblick auf Transparenz.

Der finanzielle Wert von Waffenexporten, 2015*

Während die Daten von SIPRI zu Rüstungstransfers nicht deren finanziellen Wert darstellen, veröffentlichen viele rüstungsexportierende Staaten die entsprechenden Zahlen selbst. Anhand dieser Informationen schätzt SIPRI das Gesamtvolumen des weltweiten Rüstungshandels für das Jahr 2015 auf mindestens 91,3 Mrd. USD. Die tatsächlichen Angaben sind allerdings vermutlich höher.

Entwicklungen in der Rüstungsindustrie

Das fünfte Jahr in Folge war der Gesamtumsatz der Rüstungsverkäufe und militärischen Dienstleistungen der laut SIPRI wichtigsten 100 Anbieter 2015* rückläufig. Verglichen mit 2014 fiel der Rückgang mit 0,6 Prozent gering aus und war damit das niedrigste Niveau seit dem Höchststand von 2010. Die Senkung ist v.a. Folge eines allge-

DIE WICHTIGSTEN EXPORTEURE UND IMPORTEURE SCHWERER WAFFEN, 2012-16

Exporteur	Weltmarktanteil (%)	Importeur	Weltmarktanteil (%)
1 USA	33	1 Indien	13
2 Russland	23	2 Saudi Arabien	8,2
3 China	6,2	3 VAE	4,6
4 Frankreich	6,0	4 China	4,5
5 Deutschland	5,6	5 Algerien	3,7
6 Großbritannien	4,6	6 Türkei	3,3
7 Spanien	2,8	7 Australien	3,3
8 Italien	2,7	8 Irak	3,2
9 Ukraine	2,6	9 Pakistan	3,2
10 Israel	2,3	10 Vietnam	3,0

meinen Absatzrückgangs US-ansässiger Firmen, die weiterhin die Top 100 dominieren. Zusammengenommen verzeichnen westeuropäische Rüstungsanbieter Zuwächse, manche aufgrund von signifikanten Exportumsätzen. Trotz der Sanktionen stiegen 2015, insbesondere durch Inlandsverkäufe sowie einige Exporte, auch die Verkaufszahlen der russischen Rüstungsindustrie, während sich für aufstrebende und etablierte Rüstungshersteller ein eher gemischtes Bild ergab.

Eine Prüfung der Daten zur Rüstungsindustrie über 14 Jahre hinweg, bestätigt, dass die Hierarchie dieser Rangliste, insbesondere unter den wichtigsten 10 Anbietern, recht stabil ist. Außerdem wird deutlich, dass trotz jährlicher Veränderungen die Rüstungsverkäufe der Anbieter, sowohl am oberen als auch am unteren Ende der SIPRI-Skala, zwischen 2002 und 2015 stetig gestiegen sind (in US-Dollar, Wechselkursbereinigt). Gleichzeitig zeigt sich, dass im selben Zeitraum der Gewinnanteil der zehn wichtigsten Rüstungsfirmen, gemessen an den jährlichen Gesamterträgen der von SIPRI erstellten Top 100, gesunken ist.

* Das letzte Jahr, für das Daten verfügbar sind. ●



11. ATOMMÄCHTE WELTWEIT

Anfang 2017 besaßen neun Staaten etwa 14.935 Atomwaffen, etwa 4.150 davon einsatzbereit und an die 1.800 in höchster Alarmbereitschaft. Diese neun Atom-mächte sind: die USA, Russland, Großbri-tannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und die Demokratische Volksrepublik Korea (DPRK oder Nord-korea).

Nuklearbestände

Insgesamt nimmt die Zahl nuklearer Sprengköpfe weiterhin ab. Diese Entwick-lung ist v.a. auf Reduktionen in den USA und Russland zurückzuführen, die ihre Bestände infolge des Abkommens zur Reduzierung und Begrenzung der strategi-schen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag) von 2010 sowie durch einseitige Abrüstung, verkleinerten. Beide Länder zusammen verfügen über etwa 92 Prozent der weltweiten Bestände. Gleichzeitig setzen sowohl die USA als auch Russland derzeit auf umfangreiche und kostspielige Modernisierungsprogramme für ihre ver-blichenen nuklearen Trägersysteme, Sprengköpfe und Produktionsstätten.

Die übrigen Atommächte verfügen über deutlich kleinere Atomwaffenarsenale. Aber auch sie entwickeln oder stationieren derzeit neue Waffensysteme oder haben dies zumindest angekündigt. China, Indien, Nordkorea und Pakistan scheinen ihre Atomwaffenarsenale zu vergrößern. Nordkorea setzt weiterhin auf sein militäri-sches Atomprogramm als zentrales Ele-ment seiner nationalen Sicherheitsstrategie und hat 2016 seine fünfte und sechste durch einen Atomtest verursachte Explosion durchgeführt. Damit stieg die Zahl der seit 1915 registrierten Nuklearexplosionen auf weltweit 2057.

WELTWEITE ATOMSTREITKRÄFTE, 2016

Land	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamter Bestand
USA	1 800	5 000	6 800
Russland	1 950	5 050	7 000
Großbritannien	120	95	215
Frankreich	280	20	300
China	–	270	270
Indien	–	120–130	120–130
Pakistan	–	130–140	130–140
Israel	–	80	80
Nordkorea	–	(10–20)	(10–20)
Insgesamt	4 150	10 785	14 935

.. = nicht anwendbar oder nicht verfügbar;
– = Null; () = unklare Angaben. ,Andere Atomsprengköpfe‘ umfasst einsatzbereite Sprengköpfe aus Lagerbeständen sowie ausgemusterte, zur Demontage bereite. Alle Werte beruhen auf Schätzungen, Jan. 2017.

Mangelnde Transparenz

Der Stand verlässlicher Informationen über aktuelle Atomwaffenbestände und nukleare Fähigkeiten variiert zwischen den Atomwaffenstaaten erheblich. Die USA haben wichtige Informationen über ihre Bestände und Streitkräfte offengelegt, auch Großbritannien und Frankreich gaben einige Informationen bekannt. Gemäß des Neuen START-Abkommens teilt Russland zwar detaillierte Aufstellun-gen über seine Atomstreitkräfte mit den USA, weigert sich allerdings, diese Infor-mationen allgemein offenzulegen. Die US-Regierung veröffentlicht keine detail-lierten Informationen über russische und chinesische Atomwaffenbestände mehr. Die Regierungen von Pakistan und Indien haben zu einigen ihrer Raketentest Erklä-rungen abgegeben, allerdings ohne Infor-mationen zu Stand oder Größe ihrer jeweiligen Bestände offenzulegen. Israel bestätigt grundsätzlich weder den Besitz



**WELTWEITE BESTÄNDE
SPALTBAREN MATERIALS, 2016**

Das Ausgangsmaterial für Atomwaffen sind Spaltstoffe, also hoch angereichertes Uran (HEU) oder abgespaltenes Plutonium. China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben für ihre Atomwaffen HEU und Plutonium hergestellt, Indien und Israel v.a. Plutonium. Pakistan hat v.a. HEU produziert, baut seine Kapazitäten zur Herstellung von Plutonium jedoch aus. Nordkorea hat Plutonium für Atomwaffen produziert, möglicherweise auch HEU. Jeder Staat mit einer zivilen Atomindustrie ist in der Lage, spaltbares Material herzustellen.

Das *International Panel on Fissile Materials* (IPFM) stellt Informationen zu den globalen Beständen spaltbaren Materials zusammen.

Weltweite Bestände, 2016

Hoch angereichertes Uran	-1.340 Tonnen
Gespaltenes Plutonium	
Militärbestände	-230 Tonnen
Zivile Bestände	-285 Tonnen

von Atomwaffen, noch dementiert es ihn öffentlich. Nordkorea veröffentlicht keinerlei Informationen über seine nuklearen Kapazitäten. ●

**SIPRI INFORMATIONENBLÄTTER
(FACT SHEETS)**

Jeweils vor Veröffentlichung der nächsten Ausgabe des SIPRI Jahrbuchs (SIPRI-Yearbook) stellt SIPRI der Öffentlichkeit eine Reihe wichtiger Datensätze (jeweils aus dem letzten Jahr, für das Daten verfügbar sind) zur Verfügung. Dazu gehört ein detailliertes und aktualisiertes Informationsblatt (Fact Sheet), das die wichtigsten Erkenntnisse zu einem bestimmten Thema zusammenfasst, welches später in dem entsprechenden Kapitel des Jahrbuchs eingehender untersucht wird. Die Informationsblätter sind für sich genommen umfassend - bieten gleichzeitig aber schon einen Blick auf die ausführlichere Darstellung im Jahrbuch.

Fleurant, A., Perlo-Freeman, S., Wezeman, P. D., Wezeman, S. T. and Kelly, N., 'The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies, 2015', SIPRI Fact Sheet, December 2016, <<https://www.sipri.org/publications/2016/sipri-fact-sheets/sipri-top-100-arms-producing-and-military-services-companies-2015>>.

Fleurant, A., Wezeman, P. D., Wezeman, S. T. and Tian, N., 'Trends in international arms transfers, 2016', SIPRI Fact Sheet, February 2017, <<https://www.sipri.org/publications/2017/sipri-fact-sheets/trends-international-arms-transfers-2016>>.

Tian, N., Fleurant, A., Wezeman, P. D. and Wezeman, S. T., 'Trends in world military expenditure, 2016', SIPRI Fact Sheet, April 2017, <<https://www.sipri.org/publications/2017/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2016>>.

Kile, S. N. and Kristensen, H. M., 'Trends in world nuclear forces, 2017', SIPRI Fact Sheet, July 2017, <<https://www.sipri.org/publications/2017/sipri-fact-sheets/trends-world-nuclear-forces-2017>>.



12. ABRÜSTUNG, NICHTVERBREITUNG UND KONTROLLE VON ATOMWAFFEN

Zu einem neuen, rechtlich bindenden Instrument zur atomaren Abrüstung

Eine 2016 von der UN-Vollversammlung verabschiedete Resolution sieht Verhandlungen über die Abschaffung von Atomwaffen für das Jahr 2017 vor. Dem vorausgegangen waren intensive Diskussionen der offenen Arbeitsgruppe zu nuklearer Abrüstung. Deren Bericht an die UN-Vollversammlung sieht u.a. die Einberufung einer Konferenz aller Staaten für 2017 vor, um über ein rechtlich bindendes Verbot von Atomwaffen, das zu deren Abschaffung führen würde, zu verhandeln.

Die UN-Vollversammlung und das Erste Komitee stimmten außerdem für die Einrichtung einer hochrangigen Vorbereitungsgruppe, die 2017 und 2018 zu jeweils zweiwöchigen Beratungen in Genf zusammenkommen soll. Für ein Verbot zur Herstellung von spaltbarem Material für Atomwaffen und andere nukleare Sprengsätze soll die Gruppe Empfehlungen zu den wesentlichen Punkten eines künftigen nicht-diskriminierenden, multilateralen sowie international und effektiv verifizierbaren Vertrags erarbeiten.

Die Abrüstungskonferenz, das weltweit einzige multilaterale Forum für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, war jedoch auch 2016 außerstande, sich auf ein Arbeitsprogramm zu einigen. Somit konnten zu keinem Thema auf der Agenda Verhandlungen aufgenommen werden.

20JÄHRIGES JUBILÄUM DES VER- TRAGS ÜBER EINEN UMFASSENDEN ATOMWAFFENTESTSTOP

2016 markiert das 20. Jubiläum der Vorlage zur Unterzeichnung des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) am 24. September 1996. Zur Unterstützung wurde am 15. September 2016 eine „Gemeinsame Erklärung bezüglich des Vertrags für ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen der dem Atomwaffensperrvertrag beigetretenen Atommächte“ veröffentlicht, die sich darin für eine rasche Ratifizierung und ein umgehendes in Kraft treten des CTBT aussprachen. Dem folgte am 23. September 2016 Resolution 2310 des UN-Sicherheitsrats, die alle, insbesondere die acht in Annex-2 aufgeführten Staaten, die das CTBT noch nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert haben, auffordert, dies unverzüglich zu tun.

Nukleare Rüstungskontrolle: USA und Russland

Die Bemühungen der USA und Russlands um nukleare Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung blieben 2016 durch die allgemeine Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten blockiert. So wurde der neue START-Vertrag von 2010 zwar weiterhin umgesetzt. Aber Chancen, dass sich beide auf weitere Einschnitte zur Abrüstung ihrer strategischen Nuklearkräfte verständigen würden, schienen in immer weiterer Ferne. Auch konnte die Patt-Situation nach Anschuldigungen der USA, Russland habe den INF-Vertrag von 1987 zur Begrenzung von Kurz- und Mittelstreckenraketen verletzt, nicht aufgelöst werden. Russland wies die Vorwürfe vielmehr zurück und äußerte umgekehrt Zweifel an der Vertragseinhaltung durch die USA. Später setzte Russland auch ein bilaterales Abkommen mit den USA zur endgültigen Beseitigung von Plutonium aus überschüssigen bzw. ausgemusterten Nuklearsprengköpfen aus.



INTERNATIONALE KONVENTIONEN, INSTRUMENTE UND INITIATIVEN ZUR ATOMAREN SICHERHEIT

Name	Jahr (Unterzeichnung/Gründung)	Anzahl	Beschreibung
Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial (CPPNM)	1979	153	Fordert von Staaten einen angemessenen physischen Schutz nuklearen Materials bei internationalen Transporten
Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Waffen und Material zur Massenvernichtung	2002	29	Finanziert und koordiniert Aktivitäten zur Gefahrenabwehr von Terrorangriffen durch chemische, biologische, radiologische oder atomare Waffen
Proliferation Security Initiative (PSI)	2003	107	Koordiniert freiwillige Maßnahmen von Staaten zur Unterbindung des proliferationsbedingten Handels mit Atomwaffen, Trägersystemen und ähnlichem Material
UN-Sicherheitsrats-Resolution 1510	2004	193	Verpflichtet Staaten zur Einführung innerstaatlicher Kontrollen und Regularien zur Verhinderung des illegalen Handels mit Kernmaterial
Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (ICSANT)	2005	106	Fördert Kooperation zur Verhinderung des Besitzes und Einsatzes von radioaktiven Materialien oder Vorrichtungen bzw. der Nutzung oder Schädigung nuklearer Anlagen für terroristische Akte
Globale Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus (GICNT)	2006	86	Führt multilaterale Aktivitäten zur atomaren Sicherheit hinsichtlich der Verhinderung, Ermittlung und Reaktion auf nuklearen Terrorismus durch

Anmerkung: Ein Zusatz des CPPNM trat im Mai 2016 in Kraft, wonach das Abkommen in „Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen“ umbenannt wurde.

Nuklearer Sicherheitstreffen

Das vierte und abschließende Treffen in einer Reihe von Gipfeln zu nuklearer Sicherheit fand vom 31. März bis 1. Mai 2016 in Washington, D.C. statt. Dabei ging es v.a. darum, die politische Dynamik der bisherigen Gipfeltreffen zu erhalten, um die Arbeit von Staaten und internationalen Organisationen zu unterstützen, und das globale System nuklearer Sicherheit auch über das 2016 hinaus zu stärken.

Der Atom-Deal mit dem Iran

Iran setzte weiterhin die Vorgaben des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA), der die Begrenzung seines Nuklearprogramms regelt, um. Der JCPOA-Deal war von der EU vermittelt und im Juli 2015 von Iran und den E3/EU+3-Vertragspartnern (Frankreich, Deutschland, Großbritannien + China, Russland, USA) unterzeichnet worden. Die Internationale Atomenergiebehörde überwacht und verifiziert, dass Iran seinen Verpflichtungen gemäß dem Aktionsplan nachkommt. ●



13. CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE SICHERHEITSRISIKEN

Untersuchungen zum vermeintlichen Einsatz chemischer Waffen im Irak und in Syrien

Bei verschiedenen Vorkommnissen in den Konflikten in Irak und Syrien 2016 handelte es sich vermeintlich oder erwiesenermaßen um den Einsatz chemischer Waffen. Regierungen setzten ihre Angriffe auf den Islamischen Staat fort, einschließlich der IS-Infrastruktur zu chemischen Waffen, die in Zusammenhang mit der Offensive auf Mossul 2016 angenommen wurde. Der UN-Sicherheitsrat blieb *in puncto* chemische Kriegsführung durch die syrische Regierung gespalten.

Die Organisation zum Verbot Chemischer Waffen (OVCW), die für die Umsetzung der Chemiewaffenkonvention von 1993 zuständig ist, war nicht zuletzt aufgrund der Arbeit des sogenannten *Declaration Assessment Teams*, der *Fact Finding Mission* und des gemeinsamen Untersuchungsmechanismus von UN und OVCW in Syrien (JIM) bemüht, die Vollständigkeit und Richtigkeit der syrischen Angaben zu bestätigen. JIM veröffentlichte 2016 vier größere Berichte, in denen eine aufständische Gruppe für wenigstens einen Einsatz von Senfgas verantwortlich gemacht wurde, während syrische Regierungstruppen in drei Fällen Chlorgas angewandt hätten. Syrien sowie acht weitere Staaten bestritten die JIM-Angaben hinsichtlich der Rolle syrischer Regierungstruppen. Zahlreiche Regierungen akzeptierten den Gesamtbefund der JIM, während einige sich nicht öffentlich zu der Frage äußerten, ob die syrische Regierung den Einsatz derartiger Waffen autorisiert habe. Auch wenn

das Mandat der Mission erweitert und um ein Jahr verlängert wurde, bleibt es ihre Aufgabe, in ausgewählten (auch neuen) Fällen eines möglichen Einsatzes von Giftgas die Verantwortlichen zu benennen.

Im Zuge anhaltender Kampfhandlungen im Irak kam es zu weiteren Vorwürfen über Chemiewaffenbestände und deren Einsatz. Die OPCW beriet und unterstützte Irak in Zusammenhang mit vermeintlichen Giftgaseinsätzen und der geplanten Vernichtung von Chemiewaffen, noch aus Beständen der Saddam Hussein-Regierung. In Libyen führte die OPCW, das zweite Mal überhaupt, die Bergung von Chemiewaffen zur See durch (das erste Mal aus Syrien 2013-2014).

Kontrolle biologischer und chemischer Waffen

Russlands Vorschlag auf der Abrüstungskonferenz, einen neuen multilateralen Vertrag gegen biologischen und chemischen Terrorismus auszuhandeln, wurde unterschiedlich aufgenommen. Auf der 8. Überprüfungskonferenz der Konvention über biologische und toxische Waffen von 1972, die im November 2016 stattfand, wurde ein minimalistischer Folgeprozess vereinbart, bestehend aus jährlichen Treffen der Vertragsstaaten für 2017-2020. Auch das Mandat der Implementierungs-Unterstützungseinheit (*Implementation Support Unit*) soll für 2017-2020 verlängert (sofern nicht später anders entschieden) und die Zusammenarbeit an einer auf der 7. Überprüfungskonferenz eingerichteten Datenbank fortgesetzt werden. ●



14. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE

Die Weiterentwicklung der Rotkreuz-Abkommen und deren Anwendbarkeit auf urbane Kriegsführung

Die Genfer Konventionen sind ein internationaler Maßstab für das Verhalten in bewaffneten Konflikten. 2011 initiierte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) ein mehrjähriges Projekt, um einige Richtlinien zu deren Interpretation und Anwendung durch Staaten zu aktualisieren. Die erste Überarbeitung betrifft die *Konvention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde* und gehört zu einer Reihe von Kommentaren, die sich mit Veränderungen hinsichtlich der Art bewaffneter Konflikte befassen. Zentral ist dabei die Frage der Anwendbarkeit der Genfer Konventionen auf nicht-internationale bewaffnete Konflikte. Andere Kernthemen sind die Sicherstellung der Unparteilichkeit humanitärer Hilfe, Angriffe auf medizinisches Personal und die Zunahme von militärischen Einsätzen und Gewalt in Wohngebieten.

Humanitäre Rüstungskontrolle

Der Einsatz explosiver Waffen in Wohngebieten (EWIPA) wird vom IKRK mit wachsender Besorgnis wahrgenommen und spielt auch bei den derzeitigen Bemühungen um humanitäre Rüstungskontrolle eine Rolle. 2016 wurden an die 12.000 Zivilisten nachweislich durch Sprengwaffen getötet oder verletzt, wobei die Bombardierung Aleppos einen absoluten Tiefpunkt dieser Form der Kriegsführung darstellte. Das Übereinkommen über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) wurde besonders für den Schutz von Zivilisten und Kombattanten in bewaffneten Konflikten konzipiert.

Doch scheiterte die Fünfte Konferenz zur Überprüfung des Abkommens daran, wirksam auf den Einsatz von Sprengwaffen in Wohngebieten, Brandbomben und neue Technologien als Teil der Kriegsführung zu reagieren. Gleichwohl werden im Zuge aktueller Bemühungen um eine Ausweitung der bestehenden Regime zur humanitären Rüstungskontrolle auch tödliche autonome Waffensysteme diskutiert. So bemühte sich die scheidende US-Regierung z.T. ungenlenk um eine Regulierung des internationalen Umgangs mit (und des Einsatzes von) bewaffneten unbemannten Luftfahrzeugen (UAVs oder Drohnen) sowie um größere Transparenz bei deren Anwendung. Darüber hinaus traten die Staaten zusammen, um über die Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) zu verhandeln und fanden dabei deutliche Worte zu geschlechtsspezifischen Aspekten von Gewalt sowie Bezügen zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der UN.

Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

Europa hat als einzige Region ein Kontrollsystem für konventionelle Waffen errichtet. Konsens besteht jedoch darüber, dass dieses Rahmenwerk aus den 1990er Jahren nicht länger die erwarteten Ergebnisse liefert. Die tiefe Spaltung zwischen Russland und dem Westen über Kausalitäten zeigten sich 2016 bei Diskussionen innerhalb der Organisation zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Einer von Deutschland initiierten Initiative folgend verständigte man sich letztlich auf einen strukturierten Dialog über Herausforderungen und Sicherheitsrisiken in der OSZE-Region in Gegenwart und Zukunft, mit einem besonderen Schwerpunkt auf konventionellen Waffen. ●



15. HANDELSKONTROLLEN VON WAFFEN UND DUAL-USE GÜTERN

Das Waffenhandelsabkommen

Im Februar 2016 fand eine außerordentliche Sitzung der Unterzeichnerstaaten des Waffenhandelsabkommens (ATT) statt (CSP1.5), eine zweite Konferenz (CSP2) folgte im August 2016. Beim Treffen im Februar wurden wichtige Entscheidungen zur Rolle des Sekretariats des ATT getroffen. Im August konnte Konsens zu folgenden Themen erzielt werden: dem permanenten Vorsitz des Sekretariats (Dumisani Dladla), zu Vorlagen für den Erstbericht zur Vertragsimplemmentierung und den Jahresbericht über Rüstungshandel, über einen Mandats-Entwurf für den ATT-Treuhandfonds sowie die Einsetzung der zwischen den Sitzungen tagenden Arbeitsgruppen zur effektiven Implementierung des ATT, der Universalität des Abkommens, zu Transparenz und Berichts-wesen. Für die praktische Bedeutung des ATT sind die größten Herausforderungen: a) die niedrige Beitrittsrate in Asien sowie dem Nahen und Mittleren Osten; b) wirtschaftliche und politische Überlegungen zur Auslegung von Vertragsklauseln; c) die Tatsache, dass wichtige waffenliefernde und -importierende Staaten außerhalb des Vertrags bleiben, und d) Grenzen bezüglich der Rolle und Kapazitäten des Sekretariats.

Multilaterale Rüstungsembargos

2016 waren 38 multilaterale Rüstungsembargos in Kraft: 15 wurden verhängt von den Vereinten Nationen (UN), 22 von der Europäischen Union (EU) und eines von der Arabischen Liga. Elf der EU-Embargos dienten der direkten Umsetzung von UN-Beschlüssen, drei setzten UN-Embargos innerhalb eines modifizierten geogra-

MULTILATERALE WAFFEN-EMBARGOS IN KRAFT, 2016

Vereinte Nationen (15 Embargos)

- Zentralafrikanische Republik (NRT)
- Demokratische Republik Kongo (NRT)
- Elfenbeinküste (NRT) • Eritrea • Iran
- Irak (NRT) • ISIL, Al-Qaida sowie assoziierte Personen und Einrichtungen
- Nordkorea • Libanon (NRT) • Liberia (NRT) • Libyen (NRT) • Somalia (NRT)
- Sudan (Darfur) • Taliban • Jemen (NRT)

Europäische Union (22 Embargos)

- Umsetzung von UN-Embargos (11):
- Al-Qaida, Taliban sowie assoziierte Personen und Einrichtungen • Zentralafrikanische Republik (NRT) • Demokratische Republik Kongo (NRT) • Elfenbeinküste (NRT) • Eritrea • Irak (NRT)
 - Libanon (NRT) • Liberia (NRT) • Libyen (NRT) • Somalia (NRT) • Jemen (NRT)
- Anpassung an UN-Embargos (3):
- Iran
 - Nordkorea • Sudan (Darfur)
- Embargos ohne UN-Pendant (8):
- Belarus
 - China • Ägypten • Myanmar • Russland
 - SSüdsudan • Syrien • Zimbabwe

Arabische Liga (1 Embargo)

- Syrien

NRT = Nichtregierungstruppen.

phischen Geltungsbereichs und Umfangs um, in acht Fällen gab es kein entsprechendes Embargo der UN. Letzteres gilt auch für das einzige Embargo der Arabischen Liga (gegen Syrien). Die meisten dieser Embargos beziehen sich lediglich auf konventionelle Waffen. Die UN- und EU-Embargos gegen Iran und Nordkorea sowie das EU-Embargo gegen Russland richten sich allerdings auch gegen den Export doppelverwendungsfähiger Güter (*dual use*). 2016 wurde kein neues multilaterales Rüstungsembargo verhängt. Die Umsetzung der UN-Embargos verlief erneut nicht ohne Probleme, wie die Berichte der verschiede-



nen zu deren Überwachung eingesetzten Expertengruppen offenlegten.

Exportkontrollregime

Alle multilateralen Exportkontrollregime – die Australische Gruppe (*Australia Group*), das Raketentechnologie-Kontrollregime (*Missile Technology Control Regime*, MTCR), die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (*Nuclear Suppliers Group*, NSG) und das Wassenaar Abkommen – versuchten ihre Handelskontrolllisten und Richtlinien zu aktualisieren. Die meisten hatten weiterhin Schwierigkeiten, neue Mitglieder aufzunehmen, da alle bestehenden Mitglieder diesem Antrag zustimmen müssen. Im Juni 2016 rückte Indien als nunmehr teilnehmender Staat des MTCR und des Haager Verhaltenskodexes gegen die Proliferation ballistischer Raketen seinem Ziel einer Aufnahme in diese Exportkontrollregime einen Schritt näher. Die Diskussionen darüber, wie mit nicht-teilnehmenden Staaten umzugehen sei, beschäftigte alle vier Regime auch weiterhin. Einige initiierten dazu umfangreiche Dialoge, die über technische Briefings hinausgingen.

EU-Handelskontrollen zu Dual Use-Gütern

Die Überarbeitung ihrer Richtlinien zu Export, Durchfuhr und Vermittlung von doppelverwendungsfähigen Gütern dauerte 2016 an. Ein Abschluss ist kaum vor 2018 zu erwarten. Die Europäische Kommission legte im September 2016 einen Gesetzesvorschlag vor, der in Teilen bei Industrie und einigen EU-Staaten negative Reaktionen auslöste und Punkte dieses EU-Kontrollregimes grundsätzlich verändern würde. Dabei geht es um a) eine Erweiterung der Definition von Dual use-Gütern auf bestimmte Typen von Cyber-Überwachungstechnologie, b) eine

EU-Kontrollliste, die erstmals über die Listen der vier Exportkontrollregime hinaus geht, c) eine Ausweitung der sogenannten catch-all-Kontrollen für nicht aufgeführte Güter, deren Einsatz möglicherweise aber gegen Menschenrechte oder internationales humanitäres Recht verstoßen oder in Verbindung mit terroristischen Akten stehen könnte, und d) eine Ausweitung von Kriterien, zu deren Anwendung Staaten bei der Prüfung von Lizenzanträgen verpflichtet wären, um auch Fragen in Zusammenhang mit Menschenrechten, Kriegsvölkerrecht und Terrorismus zu berücksichtigen.

Die Anwendung von Menschenrechtsanliegen auf Exportkontrollen für Dual use-Güter

Seit vielen Jahren ist die Anwendung von Menschenrechtsnormen auf Rüstungsexportkontrollen allgemein anerkannt. Bei mehrverwendungsfähigen Gütern ist dies dagegen umstritten und scheint nicht ohne Komplikationen. Durch Erweiterung sowohl der die *Dual use*-Liste des Wassenaar-Abkommens als auch die der EU um weitere informations- und kommunikationstechnische Überwachungssysteme hat diese Frage jedoch mehr Aufmerksamkeit erlangt. Die Aufnahme erfolgte v.a. aufgrund von menschenrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Verwendung dieser Güter und führte zu weiteren Forderungen nach einer Ausweitung der Kontrollen derartiger Überwachungssysteme. Diese standen in Zusammenhang mit Diskussionen auf EU-Ebene, eine engere Verbindung zwischen Exportkontrollen bei *Dual use*-Gütern und der Anwendung von Menschenrechtsnormen zu ziehen. ●



BERGHOF FOUNDATION OPERATIONS GMBH

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützig tätige Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1971 von Professor Georg Zundel gegründet. Mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Friedensforschung, Friedenspädagogik und Friedensförderung unterstützt sie Akteure bei der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten. *Creating Space for Conflict Transformation* – für diese Mission arbeitet das multinationale Team der Berghof Foundation in enger Kooperation mit zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt. Die Berghof Foundation hat ihren Hauptsitz in Berlin und eine Zweigstelle in Tübingen. Darüber hinaus stützt sich ihre Arbeit auf viele engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projektbüros im Ausland.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGOs, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.

Berghof Foundation

Berghof Foundation Operations GmbH
Altensteinstraße 48a
14195 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (30) 844154-0
Telefax: +49 (30) 844154-99
E-Mail: info@berghof-foundation.org
Internet: www.berghof-foundation.org

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
Telefon: +49 (228) 883-0
Telefax: +49 (228) 883-9207
E-Mail: presse@fes.de
Internet: www.fes.de



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

SIPRI ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Sie wurde 1966 gegründet und stellt Daten, Analysen und Empfehlungen, die auf öffentlich zugänglichen Quellen basieren, für Politik, Wissenschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

SIPRI-DATENPORTALE

- SIPRI Military Expenditure Database
- SIPRI Arms Transfers Database
- SIPRI Arms Embargoes Database
- SIPRI National Reports Database
- SIPRI Multilateral Peace Operations Database

SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2017

SIPRI Yearbook 2017: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht in einer Print- und Onlineausgabe von Oxford University Press

ISBN 978-0-19-881180-0, gebundene Ausgabe

ISBN 978-0-19-184859-9, Onlineausgabe

OXFORD
UNIVERSITY PRESS

Weitere Informationen unter: www.sipriyearbook.org



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9
SE-169 72 Solna, Sweden
Telephone: +46 8 655 97 00
Email: sipri@sipri.org
Internet: www.sipri.org



SIPRI YEARBOOK 2017

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch wird weltweit von Politikern, Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftlern, Studierenden und Bürgern geschätzt. Als zuverlässige und unabhängige Quelle liefert es Daten und Analysen zu den Themen Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit und einen Überblick über Entwicklungen in den Bereichen internationale Sicherheit, Waffentechnologien, Militärausgaben, Rüstungshandel und -produktion sowie bewaffnete Konflikte. Auch Bestrebungen zur Kontrolle konventioneller, nuklearer, chemischer und biologischer Waffen werden hier thematisiert.

Diese Broschüre fasst die 48. Ausgabe des SIPRI Yearbook zusammen. Es enthält Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2016 in den Bereichen:

- *Bewaffnete Konflikte und Konfliktbearbeitung*, mit Fokus auf den Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika, Europäische Sicherheit und das Friedensabkommen in Kolumbien, sowie einer Analyse weltweiter und regionaler Entwicklungen von Friedenseinsätzen
- *Sicherheit und Entwicklung*, mit Studien zu Friedenserhalt und nachhaltiger Entwicklung an gefährlichen Orten, zu Vertreibung im Kontext von Fragilität und zur Verbindung zwischen Klimawandel und gewaltsamen Konflikten
- *Militärausgaben, Rüstungsproduktion und internationale Rüstungstransfers*
- *Atomstreitkräfte weltweit*, mit einer Übersicht über alle neun Atommächte
- *Atomare Rüstungskontrolle*, beleuchtet Entwicklungen multilateraler Rüstungskontrolle und Abrüstung und erörtert die Umsetzung des iranischen Atomdeals
- *Konventionelle Rüstungskontrolle*, mit Untersuchungen zu humanitärer Rüstungskontrolle und dem Stand konventioneller Rüstungskontrolle in Europa
- *Chemische und biologische Sicherheitsbedrohungen*, einschließlich der Untersuchung zu Vorwürfen des Einsatzes chemischer Waffen im Nahen Osten
- *Doppelverwendungsfähige Güter (dual use) und Waffenkontrollsysteme*, mit einer Darstellung zu Entwicklungen des Waffenhandelsvertrags, multilateralen Waffenembargos und Exportkontrollregimen

sowie eine 10-Jahres-Übersicht zu Mustern bewaffneter Gewalt, einer Zusammenfassung des *Global Peace Index*, ausführlichen Anhängen zu Rüstungskontrolle und Abrüstungsvereinbarungen, internationalen Sicherheitsorganisationen sowie eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2016.